

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Riesa.  
Jernus Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißner.

Postkonto: Dresden 1330  
Großstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 25.

Sonnabend, 30. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bemerkung Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen — hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gabelstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Die Mehrheitsgrundlage der Regierung Luther.

Die kleine Mehrheit von 10 Stimmen, die das zweite Kabinett Luther im Reichstag gefunden hat, kann nicht als eine völlig gesicherte Grundlage für die weitere Entfaltung der Regierungstätigkeit angesehen werden, denn nach wie vor besteht die Gefahr des Zusammenbruchs einer Zufallsmehrheit, durch die die Regierung in die Niederlage geraten könnte. Rein zahlenmäßig gesehen liegen die Dinge so, daß die eine Stimme, die die Regierungsparteien gegenüber der starken Opposition nicht aufzuweisen haben, nicht ausschlaggebend ist, und daß die Mehrheit von 10 Stimmen, die sie bei der Abstimmung erzielt, auf den Zufall beruht, daß die Opposition weniger vollzählige erschienen war, als die Regierungsparteien, von denen nur 11 Abgeordnete fehlten, während es bei den Regierungsgegnern insgesamt 13 Abgeordnete waren, die nicht zur Abstimmung erschienen sind.

Trotz dieser unglücklichen Sachlage sieht die Tatsache im Vordergrund, daß die Sozialdemokratie absichtlich die Niederlage der Regierung verhindert hat. Eine neue notwendige Abstimmung zustande und wären die gleichen Unsicherheiten gegeben, so würde die Sozialdemokratie zweifellos auf Grund ihrer gegenwärtigen Einstellung bereit sein, für die Regierung zu stimmen und damit offiziell aus der Opposition auszuscheiden. Wenn demnach die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zur Entscheidung gelangt, so kann die Regierung ohne weiteres damit rechnen, die Stimmen der Sozialdemokratie für sich zu gewinnen und eine überwältigende Mehrheit gegenüber der verärgerten Opposition der anderen Parteien zustande zu bringen. Diese Aussicht läßt erkennen, daß die Position des neuen Reichstages für die nächsten Monate gesichert ist, und daß die Regierung sich damit vorläufig als überwunden ansehen werden kann.

Die neue Regierung befindet sich in der gleichen Lage wie das frühere Kabinett Marx-Strömann, das mit Unterstützung der Sozialdemokraten, die Dawesverhandlungen geführt hat, und das man allgemein als die Vorbereiterin des Vertrages von Locarno und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund bezeichnet. Die Sozialdemokraten werden voraussichtlich nur in der inneren Politik Opposition treiben, um damit die Regierung Luther zu zwingen, ihrer innenpolitischen Einseitigkeit Rechnung zu tragen und entsprechende Zugeständnisse nach links zu machen. Daraus ergibt sich schon die Tatsache, daß die deutschnationalen Sozialisten mehr und mehr in die Rolle der verärgerten Opposition gedrängt wird, und daß die Aussichten einer Rückkehr der Deutschnationalen in die Reichsregierung auf absehbare Zeit hinaus wesentlich beschränkt sein werden. Die Entwicklung der deutschen Reichspolitik wird deshalb in Zukunft gelenkt werden, die für alle großen Reichstagsparteien völlig neue Tatsachen schaffen, und die sowohl nach innen als auch nach außen eine ganz erhebliche Veränderung der politischen Konstellation mit sich bringen wird.

Das Zentrum, die Demokraten und ein Teil der Sozialdemokratie arbeiten zehnweltig darauf hin, die große Koalition doch noch zustande zu bringen und damit auf Umwegen zu dem Ziel zu gelangen, das bei den früheren Versuchen nicht mehr erreicht werden konnte. Die uns von durchaus zuverlässiger Seite versichert wird, sollen schon jetzt Bestrebungen im Gange sein, die darauf ausgehen, die Sozialdemokraten allmählich zu veranlassen, zu einem geeigneten Zeitpunkt in die Regierung Luther einzutreten. Man spricht von einem Versuch, die Sozialdemokraten mit Dr. Luther auszuwählen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, in der neuen Regierung Luther einen Teil ihres sozialpolitischen Programms durchzuführen zu können. Ein hervorragender Zentrumsführer, der dem jetzigen Reichsjustizminister Dr. Marx nahesteht, erklärte in einem parlamentarischen Mitarbeiter, man werde voraussichtlich nach dem vollzogenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und nach der Form der Reichstagswahl eine neue Koalition unter Dr. Luther haben. Dieser Optimismus wird von anderer Seite wieder stark angezweifelt und namentlich innerhalb der Sozialdemokratie werden ganz erhebliche Bedenken dagegen geäußert, die Linke mit dem Schicksal des Kabinetts Luther allzu hart verbinden zu wollen. Augenblicklich konzentriert sich niemand voraussehen, was sich aus der gegenwärtigen Situation herausbilden wird, die innerpolitisch wahrhaftig nicht als geklärt angesehen werden dürfte.

## Die nächsten Absichten Dr. Luthers.

Dr. Berlin. Nach dem Ausgang der Reichstagsabstimmung über die Vertrauensfrage beabsichtigt Reichstagsminister Dr. Luther, die außerhalb der Regierung stehenden Fraktionen, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten, sowie auch die Wirtschaftspartei zu den parlamentarischen Vorbereitungen über die nicht gen. politischen und gesetzgeberischen Regierungsarbeiten heranzuziehen und die sachliche Mitarbeit dieser Parteien allmählich zu gewinnen. Wie wir hören, will Dr. Luther für die nächste Zeit die innerpolitische Unabhängigkeit

seines Kabinetts gewahrt wissen und beabsichtigt, dementsprechend eine einseitige Bildung gegenüber der Sozialdemokratie zu vermeiden. Auch in den außenpolitischen Fragen will Dr. Luther die Führungsnahme mit den Deutschnationalen aufrecht erhalten.

## Deutscher Reichstag.

Dr. Berlin, den 29. Januar 1926.  
Wieder Ruhe.

Der Sturm hat sich gelegt und eine allgemeine Ruhe lagert über dem Reichstag. In den Wandelgängen, wo man sich gestern noch mit Mühe einen Weg durch die debattierenden Menschengruppen bahnen mußte, herrschte heute ein kaum merkliches Toben. Für eine Delegation von außerhalb, die von den ihnen nachstehenden Parlamentariern Abschied nehmen wollte, erinnert an den gestrigen großen Tag. Dasselbe Bild auch im Plenum. Die Tribünen, die gestern fast unter der Last der zahlreichen Zuhörer zusammenbrechen drohten, weisen heute leere Bänke auf. Leere Bänke auch dort, wo gestern Vertreter von Regierung, Ländern und Ministerien Kopf an Kopf versammelt waren. Niemand würde in den heute fast friedlich aneinanderstehenden Volksvertretern von rechts und links, die in sachlicher und ruhiger Arbeit die Beratungsgegenstände erledigen, die erbitterten Gegner von gestern erkennen, die sich im Kampf der politischen Leidenschaft gegenseitig die parlamentarisch unzulässigen Vorwürfe ins Gesicht schleppten. So regt das Interesse der Abgeordneten an den Vorträgen war, mit welchem sie um das Rednerpult versammelt, den Ausführungen der einzelnen Redner folgten, so wenig Aufmerksamkeit schenkte man heute den Abgeordneten auf der Rednertribüne, die den wenigen im Saal anwesenden Zuhörern ihren Standpunkt darzulegen bemüht waren. Alles in allem: der übliche parlamentarische Kasperljammer, wie man ihn besonders nach einem großen Tage gewohnt ist.

Am Regierungstische: Reichsjustizminister Dr. Marx, Arbeitsminister Braun.

Präsident Voelke eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Ein Antrag auf Strafverfolgung des Vorsitzenden des Gauehr-Bundes, Ludwig Gaecher, wegen Verleumdung des Reichstages wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

## Es folgt dann die erste Beratung der Vorlage zur Änderung des Mieterschutzgesetzes.

Der Entwurf bringt eine Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. Er besteht für Räume, die nicht Wohnräume sind, insbesondere also für Geschäftsräume, die Möglichkeit der Zubereitung eines Essraumes nur in ganz besonderen, mit dringenden öffentlichen Interessen begründeten Fällen. Er schließt für die Mehrzahl der Mietaufhebungsurteile diese Möglichkeit überhaupt aus und bringt auch sonst Erleichterungen in der Erlaßraumfrage. Für einen wesentlichen Teil der Untermietverhältnisse führt er die freie Kündigung wieder ein.

Abg. Silberhübel (Zos.) verweist auf die große Bedeutung dieser Vorlage. Man wolle den Mittelstand wieder schwerer belasten zu Gunsten eines kleinen besorgten Kreises. Die Wohnungsnot sei noch immer groß. Ein wesentlicher Abbau des Mieterschutzes müsse daher weite Volksschichten schwer beunruhigen. Es bestehe die Gefahr, daß gewinnfällige Vermieter das Gesetz zum Schaden der Mieter ausnützen. Die sozialdemokratische Fraktion werde die Vorlage ablehnen. Sie verlange ein einheitliches soziales Mieterschutzgesetz für das ganze Reich.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) begrüßt die Vorlage und verlangt baldige Wiederherstellung der freien Wohnungswirtschaft. (Widerspruch links.) Hier handele es sich gar nicht um die allgemeine Wohnungslage, sondern um einen weiteren Schritt zur Lockerung der Zwangswirtschaft. Die Hauptschuld an dem Wohnungsmangel trage die enorme Höhe der Baukosten.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun gibt zu, daß die Wohnungsverhältnisse sich seit Einbringung der Vorlage verschlechtert haben und sagt Entgegenkommen im Ausschuss zu. Vom 1. April 1927 ab sollen die Länder und Gemeinden wieder eigene Steuern erheben können, dann wird auch die Kompetenzfrage zwischen Reich und Ländern im Wohnungsweien geregelt werden. Eine Verschlechterung der Lage dürfe durch die Vorlage nicht entstehen.

Abg. Neuhagen (Dsp.) begrüßt die Vorlage als einen Anfang zum Abbau der Zwangswirtschaft. Es sei erfreulich, daß der Eigentumsbegriff wieder zur Geltung komme.

Abg. Böckel (Komm.) lehnt die Vorlage als ganz unzulässig ab.

Abg. Hill (Dem.) gibt eine Erklärung ab, wonach die demokratische Fraktion im gegenwärtigen Augenblick aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen eine Aufhebung des Mieterschutzes noch nicht für möglich hält, da immer noch eine ungeheure Wohnungsnot herrscht. Häften, die sich aus der Handhabung des Mieterschutzes für den Hausbesitz ergeben, müssen beseitigt werden. Der Hausbesitz müsse gegen wirklich notwendige Mieter geschützt werden, aber auch die Mieterchaft müsse die Sicherheit haben, daß sie bei den gegenwärtigen noch völlig unerträglichen Verhältnissen im Wohnungsweien nicht schuldlos gelassen wird.

Abg. Lude (Wirtsch. Vereinig.) warnt davor, politische Gesichtspunkte in diese Erörterung zu tragen. Die Wohnungszwangswirtschaft habe die größte Unzufriedenheit im ganzen Volke hervorgerufen. Die Wohnungsämter seien sehr wenig beliebt. Ein Abbau dieser Zwangswirtschaft sei nur erwünscht. Mit dem Mieterschutzes habe man den Hausbesitzern tatsächlich alle Rechte genommen. In Deutschland seien in einem Jahre wegen Mietschreitigkeiten nicht weniger als eine Million Prozesse geführt worden. (Hört! hört!) Das Mieterschutzes sei weder moralisch noch rechtlich haltbar.

Abg. Seiffert (Woll.) kritisiert scharf die bisherige Wohnungspolitik. In Berlin sollen 50 000 gewerbliche Räume leerstehen, aber sie seien auch danach. Die Ziedlungshäuser seien so leicht gebaut worden, daß sie niemand mehr haben wolle. Das bürokratische System der Wohnungszwangswirtschaft habe völlig verfaßt. Die Wohnungsämter sollten beseitigt werden. Auf der anderen Seite aber müsse ein Mieterschutz bestehen bleiben, damit ein Mieter vom Hauswirt nicht willkürlich aus der Wohnung gesetzt werden kann. Der Redner fordert eine gerechte Aufwertung der Hypotheken.

Abg. Tremmel (Nrn.) stellt fest, daß in Deutschland immer noch 3 bis 600 000 Wohnungen fehlen. Dazu kommt, daß zahlreiche Familien in unzureichenden Räumen leben müssen. Das Zentrum werde an einem Ausgleich zwischen Hausbesitzern und Mietern gern mitarbeiten.

Die Vorlagen gehen an den Wohnungsausschuss. Eine Vorlage zur Eräumung der Befreiung bezüglich der Immunität der Mitglieder von Parlamentsausschüssen, die zwischen zwei Legislaturperioden liegen, wird ebenfalls an den Ausschuss verwiesen.

Das Haus verläßt sich.  
Mittwoch, den 3. Februar, 3 Uhr: Militärgerichtsbarkeit.

## Der Geschäftsplan des Reichstags.

Dr. Berlin. Der Vorkonferenz des Reichstags hat in seiner Sitzung vom Freitag nachmittag beschlossen, den Beginn der Staatsberatung bis auf Mittwoch, den 10. Februar zu verschieben. Der neue Finanzminister hat nämlich den Wunsch, seine Ausführungen über den Etat ausführlich zu gestalten, und evtl. zugleich neue Steuerentwürfe zu machen. In der nächsten Plenarsitzung des Reichstags am Mittwoch, den 3. Februar, soll die Novelle über die Militärgerichtsbarkeit und am Donnerstag, den 4., das Sprenggesetz zur Frage der Rüstungsbindung beraten werden.

## Der Etat des Verkehrsministeriums.

Dr. Berlin. Der Haushaltsausschuss des Reichstags begann am Freitag mit der Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums für 1926 in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über die Verlesung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz. Der Verkehrsminister Dr. Krosche erklärte, nach Auffassung der Reichsregierung müsse unter allen Umständen die Schaffung neuer Beamtenstellen vermieden werden. In demselben Sinne äußerte sich Abgeordneter Dietrich-Baden (Dem.). — Abg. Dr. Gremer (Dsp.) vertritt die Auffassung, daß Ausgaben für verbundene Zwecke nicht durch den ordentlichen Haushalt gedeckt werden dürften. Ein Vertreter der preussischen Regierung sowie Vertreter Bayerns und Ostens bekämpften die Verleumdung der Wasserstraßenbehörden, wofür hingegen der Reichsverkehrsminister eintrat. Die sachlichen Ausgaben des Etats wurden bewilligt. Für die Frage der Verlesung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz wurde ein Umrundungsbuch eingeleitet.

## Routinierung der Staatsberatung.

Dr. Berlin. Im Haushaltsausschuss des Reichstags wies am Freitag der Abg. Deimann (Zos.) darauf hin, daß sich selber in den letzten Jahren stets eine Verzögerung in der Erledigung der Haushaltsberatung ergeben habe. Er rufe den Ausschussmitglieder ins Gedächtnis zurück, daß ordnungsmäßig die gesamten Staatsberatungen vor dem 1. April beendet sein müßten. Eine Staatsberatung habe überhaupt nur dann einen Zweck, wenn sie den Behörden für ihre Ausgabenwirtschaft bindende Richtlinien bei Beginn des Wirtschaftsjahres mit auf den Weg geben könne. Der Redner schlug eine bestimmte Routinierung der Redegänge für die Staatsberatungen vor. Auch der Reichstagspräsident Voelke schloß sich diesen Vorschlägen an, die von der Mehrheit des Ausschusses begrüßt und angenommen wurden.

## Die Deutschnationalen gegen Repräsentationsgelder.

Im Reichstag ist folgender Antrag von Freitag-Rednerinnen und Engenberg (Dn.) eingegangen: (Zos.) Die Reichstagsparteien beschließen: im Hinblick darauf, daß bei der in weiten Kreisen herrschenden Not und der immer mehr zu sich greifenden Erwerbslosigkeit die Veranstaltung großer, in der Öffentlichkeit viel gemerkter Feste, Bälle und dergleichen in hohem Maße verblüffend und aufreizend wirkt, und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Repräsentation seitens der hohen Reichs- und Staatsbeamten, die sich in solchen Feste äußert wenig angebracht erscheint, wird die Reichsregierung aufgefordert, zu erwägen, ob und inwieweit die für solche Repräsentationszwecke zu verwendenden Gelder anderen, der heutigen Lage angemessenen, Zwecken zuzumachen sind. Dem Reichstage ist eine entsprechende Vorlage zu machen, auch die Landesregierungen sind zu einem gleichen Schritte anzuregen.

**Achtung! Lose der Sächs. Landeslotterie erneuern!** Ziehung 4. Klasse am 3. und 4. Febr. 26.